



Tagesordnung I Punkt 12 der öffentlichen Sitzung am 13. März 2012

Vorlagen-Nr. 12-F-38-0001

„Kaiserbrücke barrierefrei gestalten“

- Gemeinsamer Antrag der Fraktionen LINKE&PIRATEN und Bündnis 90/Die Grünen vom 7.3.2012 -

Die „Kaiserbrücke“ (Nordbrücke) als Verbindung zwischen den Landeshauptstädten Wiesbaden und Mainz und den Stadtteilen Mainz-Kastel und Mainz-Neustadt gewinnt als Rheinquerung für Fußgängerinnen und Fußgänger sowie Radfahrerinnen und Radfahrer zunehmend an Bedeutung. Dazu tragen auch die sich entwickelnden Wohn- und Gewerbegebiete links und rechts des Rheines sowie die Entwicklung des Radweges zwischen Schierstein und Mainz-Kostheim auf der „Route der Industriekultur“ und gewachsenes Umweltbewusstsein bei. Die Ortsbeiräte Mainz-Kastel und Mainz-Neustadt sowie der Stadtrat der Landeshauptstadt Mainz haben sich dafür ausgesprochen auf beiden Rheinseiten einen barrierefreien Zugang zur Kaiserbrücke zu schaffen.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat der Landeshauptstadt Wiesbaden wird gebeten,

- den Vorschlag, die Fuß- und Radwegverbindung über die „Kaiserbrücke“ barrierefrei zu gestalten, hinsichtlich der technischen, denkmalrechtlichen und finanziellen Erfordernisse zu prüfen.
- insbesondere zu prüfen, ob EU-, Bundes- und Landesprogramme zur Mitfinanzierung herangezogen und weitere Unterstützer gewonnen werden können.
- mit der Landeshauptstadt Mainz in dieser Sache Kontakt aufzunehmen und das Thema auf der nächsten Sitzung des Städteausschusses Mainz-Wiesbaden zu behandeln.

Beschluss Nr. 0048

1. Der mündliche Bericht von Frau Stadträtin Möricke wird zur Kenntnis genommen.
2. Der Antrag ist durch Aussprache erledigt.

Herrn Stadtverordnetenvorsteher
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Wiesbaden, .03.2012

Kessler
Vorsitzender

Der Stadtverordnetenvorsteher

Wiesbaden, .03.2012

Dem Magistrat
mit der Bitte um Kenntnisnahme
und weitere Veranlassung

Nickel
Stadtverordnetenvorsteher

Der Magistrat
- 16 -

Wiesbaden, .03.2012

Dezernat IV
mit der Bitte um Kenntnisnahme

Dr. Müller
Oberbürgermeister